

Der Vollzugsdienst

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

1/2016 – 63. Jahrgang

Gefangene fordern den Mindestlohn und die Abschaffung der Arbeitspflicht

Auch die Einbeziehung in die Rentenversicherung wird verlangt

Seite 1

Der Umgang mit jugendlichen Flüchtlingen ist schwierig

BSBD Bremen fordert mehr Personal im Allgemeinen Vollzugsdienst

Seite 31

Erster Schritt zur Wiedereinführung von Sonderzahlungen für Beamte

Verfassungsgemäße Alimentierung soll sichergestellt werden

Seite 72

Dr. Ronald Pienkny, Staatssekretär für Justiz, im Gespräch mit Rainer Krone vom BSBD Brandenburg



Fachteil: Gefangeneneinigung keine Gewerkschaft

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Gefangene fordern den Mindestlohn, die Abschaffung der Arbeitspflicht und ihre Einbeziehung in die Rentenversicherung
- 2 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Bündelung von Dienstposten
- 3 57. dbb Jahrestagung: Solidarität mit Schutzbedürftigen erfordert eine handlungsfähige Verwaltung

LANDESVERBÄNDE

- 7 Baden-Württemberg
- 20 Bayern
- 21 Berlin
- 26 Brandenburg
- 31 Bremen
- 32 Hamburg
- 34 Hessen
- 40 Mecklenburg-Vorpommern
- 44 Niedersachsen
- 48 Nordrhein-Westfalen
- 62 Rheinland-Pfalz
- 66 Saarland
- 68 Sachsen
- 71 Sachsen-Anhalt
- 73 Schleswig-Holstein
- 76 Thüringen

FACHTEIL

- 80 Gefangeneneinigung ist keine Gewerkschaft
- 82 Vereinigungsfreiheit, Koalitionsfreiheit im Strafvollzug
- 85 Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen die Neuregelung der Gefangenenergütung in Rheinland-Pfalz



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundvorsitzende	Petra Rabe	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 2/2016:

⇒ ⇒ 15. März 2016

Personalräte des Beamtenbundes zu Gast im Landtag



Vorne in der Mitte Landtagspräsident Klenk (links) – rechts daneben BSBD-Landesvorsitzender Schmid – im Kreise vieler Personalräte aus den Justizvollzugsanstalt.

Foto: BSBD BW

Als „mutige, streitbare und zukunftsorientierte Aktivposten“ bezeichnet Landtagspräsident **Wilfried Klenk** die Personalrätinnen und Personalräte des Beamtenbundes Baden-Württemberg anlässlich eines Empfangs am Mittwochabend, dem 9. Dezember 2015, im Plenarsaal im Stuttgarter Kunstgebäude. Mit diesem Empfang solle zum

einen die gute Arbeit in den Behörden, Schulen und öffentlichen Einrichtungen gewürdigt und zum anderen denen ausdrücklich gedankt werden, die in der Praxis – unbemerkt von der Öffentlichkeit – maßgeblich mit für diese gute Arbeit sorgen. In diesem Sinne zollt **Klenk** den rund 190 anwesenden Personalrätinnen und Personalräten Respekt und Dank.

„Personalräte bieten die Chance, rasch maßgeschneiderte Lösungen zu finden“, so **Klenk**. „Personalrat“ heißt, dass hier Kollegialität, Verantwortungssinn und menschliches Einfühlungsvermögen am Werk sind. Auch zahlreiche Personalräte des Bundes der Strafvollzugsbediensteten **BSBD** waren der Einladung in den Landtag von Baden-Württemberg gefolgt. *als*

Arbeitsgemeinschaft Justiz wählt neuen Vorstand

Treffen der Justizverbände im BBW am 9. Dezember 2015

Nach einem ersten Auftakttermin am 13. Oktober 2015 trafen sich die Vorsitzenden der unter dem Dach des **BBW** firmierenden Justizverbände am 9. Dezember 2015 erneut in der Zentrale des **BBW** in Stuttgart.

Der Vorsitzende des Beamtenbundes **Volker Stich** war zusammen mit seinen Stellvertretern **Joachim Lautensack** und **Waldemar Futter** bei den Terminen anwesend

und berichtete jeweils zur aktuellen Situation der Arbeit des Beamtenbundes Baden-Württemberg. Im Rahmen der weiteren Arbeitssitzung wurden Eckpunkte der „Richtlinien zur Arbeit der **ARGE-Justiz**“ besprochen und festgelegt, dass mit Blick auf eine mögliche „Gemeinsame Liste“ aller Justizverbände des **BBW** zur Wahl des Hauptpersonalrates im Jahr 2019 eine solche „Gemeinsame Liste“ erklärt und nachdrücklich anzustrebendes Ziel

der Justizverbände des **BBW** sein sollte. **Im Rahmen der Sitzung wurden durch die Anwesenden ein neuer Vorsitzender der ARGE-Justiz – Alexander Schmid (BSBD) – und ein stellvertretender Vorsitzender – Reinhard Ringwald (DJG) – gewählt.** Das nächste Treffen der ARGE wurde schon für die Zeit unmittelbar nach der Landtagswahl 2016 terminiert, da es dann gelte, geschlossen als **BBW-Justizverbände** Flagge zu zeigen. *als*



Im Bild hinten: Arnold, Futter, Majewski, Zitzmann, Hellstern, Schäfer. Vorne: Lautensack, Ringwald, Schmid, Stich (von links).



Die ARGE-Justiz Vorsitzenden Alexander Schmid (rechts) und Reinhard Ringwald (links) mit BBW-Vorsitzenden Volker Stich (Mitte).

Zweiter Nachtragshaushalt 2015/2016

Justizminister Rainer Stichelberger teilt mit:

- **73 neue Stellen und 546 Stellenhebungen für Justiz und Justizvollzug**
- **Sechs neue Stellen für Strukturbeobachter von befürchteten islamistischen Radikalisierungseinflüssen in den Gefängnissen**

Im **VOLLZUGSDIENST** 6/2015 (S. 9) haben wir über den Zugang neuer Stellen und über die beachtliche Anzahl von Stellenhebungen in der Justiz und besonders im Justizvollzug berichtet. Eine Reihe dieser Ankündigungen und Anträge haben nun durch Beschluss des Landtags vom 9. Dezember 2015 Eingang in den zweiten Nachtragshaushalt 2015/2016 gefunden. Dies ist besonders auf die Empfehlungen der Expertenkommission vom September 2015 und auf die aktuelle Gefährdungslage im Hinblick auf terroristische Anschläge zurückzuführen. Das Justizministerium hat am 9. Dezember 2015 mitgeteilt, dass für die Justiz und den Justizvollzug des Landes 73 neue Stellen vorgesehen sind. Hinzu kommen 546 Stellenhebungen, für die bereits im ersten Nachtragshaushalt die Grundlage gelegt wurde und die derzeit umgesetzt werden. Es wird betont, dass sich der Minister mit voller Kraft dafür einsetzt, dass die Beschäftigten in der Justiz und im Justizvollzug ihren Dienst unter guten Arbeitsbedingungen und bei angemessener Bezahlung erbringen können. Die nun beschlossenen Neustellen und die bereits zuvor bewilligten Stellenhebungen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.

Konkret wurden die folgenden zusätzlichen Stellen beschlossen:

- Bei den Staatsanwaltschaften werden neun zusätzliche Staatsanwaltschaften geschaffen. Die personelle Aufstockung ist Teil des Anfang Dezember als Reaktion auf die Anschläge in Paris beschlossenen Ergänzungsprogramms zum Anti-Terror-Paket der Landesregierung. Damit sollen zentrale Abteilungen für Staatsschutzdelikte und Straftaten mit extremistischem Hintergrund eingerichtet werden.
- Mit Blick auf die ungebrochen hohe Zahl an asylgerichtlichen Verfahren werden bei den Verwaltungsgerichten sieben zusätzliche Richterstellen sofort geschaffen. Für den Unterstützungsbereich sind außerdem zehn Neustellen sofort vorgesehen, für weitere acht Stellen besteht eine gesetzliche Besetzungsermächtigung.

- Der Justizvollzug wird um insgesamt 36 Neustellen gestärkt. Insbesondere um den schwierigen und zeitintensiven Umgang mit der zunehmenden Zahl an psychisch auffälligen Gefangenen zu gewährleisten, sind in erster Umsetzung der Empfehlungen der Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen sieben Neustellen für Anstaltsärzte, sechs Stellen für Psychologen, sechs für Sozialarbeiter, zehn Stellen für den mittleren Vollzugsdienst und eine neue Referentenstelle im Justizministerium vorgesehen.

- Weiter werden als Teil des von der Landesregierung beschlossenen Ergänzungsprogramms zum **Anti-Terror-Paket** mit sechs Neustellen für den mittleren Vollzugsdienst die Kapazitäten zur Erkennung von möglichen extremistischen Tendenzen in den Justizvollzugsanstalten verstärkt. Dadurch können zusätzlich speziell ausgebildete Sicherheitsbeauftragte, die so genannten Strukturbeobachter, eingesetzt werden, um frühzeitig auf mögliche extremistische Gefangene und subkulturelle Entwicklungen reagieren zu können. Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass allein aus Baden-Württemberg rund 50 Personen nach Syrien und in den Irak gereist sind, um dort terroristische Organisationen wie den IS zu unterstützen. Wenn diese Dschihad-Kämpfer nach Deutschland zurückkehren, muss sich auch der Justizvollzug auf eine zunehmende Anzahl an radikalisierten Gefangenen vorbereiten. Gerade im Jugendstrafvollzug und bei der Untersuchungshaft können mit den zusätzlichen Stellen die immens wichtigen Strukturbeobachtungen gezielt ausgebaut werden.

- Die Beschäftigten in **Justiz und Justizvollzug** profitieren außerdem von insgesamt 546 Stellenhebungen, die durch den ersten Nachtragshaushalt ermöglicht wurden und aktuell in konkrete Beförderungsmaßnahmen umgesetzt werden.

(Auszüge aus: PM des JuM vom 01.12. und 09.12.2015)



Justizminister Rainer Stichelberger (SPD).

Der **BSBD** sieht in diesen Personalmaßnahmen die ersten wichtigen Schritte zur Bewältigung der großen Herausforderungen im Justizvollzug. Bei wachsamem Blick ist allerdings kritisch anzumerken, dass von der **Empfehlung 16** der Expertenkommission: „Im Justizhaushalt werden 140,5 Neustellen für Obersekretäre/Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst ... für die Behandlung und Betreuung von psychisch auffälligen Gefangenen, auch im Sanitätsdienst, ausgebracht“ nicht viel im Nachtragshaushalt übrig geblieben ist.

Zusätzlich erwähnt werden muss der Wegfall von rund 30 Justizstellen, die durch die Umwandlung der **JVA Pforzheim** in eine Abschiebungshaft-Einrichtung an die Innenverwaltung übergehen, ohne dass Ersatz im Vollzug geschaffen würde. Allerdings wurde hierzu von der Abteilung IV im JuM am 28. Oktober 2015 klargestellt, dass für die Zukunft der Personalbedarf des Innenministeriums nicht durch die Justiz gedeckt werden könne, denn die Gefangenen sind ja nicht weg, sondern nur woanders. Auch der **BSBD**-Landesvorstand wird auf diesen Punkt ganz besonders achten.

Dass der **BSBD** in diesen grundlegenden Positionen ebenso Akzeptanz erfährt wie kompetente maßgebende Unterstützung erhält, wurde dem Landesvorsitzenden Schmid am 2. Dezember 2015 in einem Schreiben von der **SPD**-Fraktion mitgeteilt, wo es heißt: „Herr **Binder MdL** hat in seiner Funktion als rechtspos-

<p>Beamendarlehen 10.000 € - 120.000 €</p> <ul style="list-style-type: none"> Extra günstige Kredite für Sparfüchse Umschuldung: Raten bis 50% senken Baufinanzierungen gigantisch günstig <p>0800 - 1000 500 Free Call</p> <p>Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 35 Jahren.</p>	<p>Deutschlands günstiger Autokredit</p> <p>2,77% effektiver Jahreszins 5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €</p> <p>www.Autokredit.center</p>	<p>AK FINANZ</p> <p>Kapitalvermittlungs-GmbH E3, 11 Planken 68159 Mannheim Fax: (0621) 178180-25 Info@AK-Finanz.de</p> <p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte 6.D. / Berufssoldaten / Akademiker Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, eff. Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldersicherung.</p> <p>www.AK-Finanz.de</p>
--	---	--



MdL Sascha Binder (SPD).

litischer Sprecher vorgeschlagen, das Thema ‚Strafvollzug‘ in das voraussichtlich im Januar 2016 auf dem **SPD**-Parteitag zu beschließende Regierungsprogramm der **SPD** wie folgt aufzunehmen: „Der Justizvollzug muss sicher bleiben. Im Hinblick auf das bestürzende Ereignis in der JVA Bruchsal im August 2014 und eine deutliche zunehmende Zahl psychisch auffälliger Gefangener, die einen erheblichen betreuenden und behandlerischen Mehraufwand für die Justizvollzugseinrichtungen darstellen, wurde auf Initiative des **SPD**-Justizministers eine Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen eingesetzt, die wertvolle Handlungsempfehlungen gegeben hat, um den Justizvollzug in Baden-Württemberg für die wachsenden Herausforderungen gut aufzustellen. 2015 wurde bereits ein erstes Maßnah-

menpaket in Höhe von 5 Mio. Euro auf den Weg gebracht. Ausgehend von diesen Empfehlungen werden wir uns dafür stark machen, auch die weiteren notwendigen strukturellen Verbesserungen schrittweise umzusetzen. Es ist klare Position der **SPD**-Fraktion im Landtag, den Justizvollzug als eine hoheitliche Kernaufgabe der Landesverwaltung zur Erfüllung dieser deutlich gestiegenen Anforderungen und Aufgabenstellungen mit den notwendigen Sach- und Personalmitteln auszustatten. Hierzu werden wir auch das Gespräch mit den Interessenvertretungen des Strafvollzuges suchen.“

Alexander Schmid hatte Gelegenheit, eigene Vorschläge des **BSBD**-Landesverbands in diesen Programmtext für den **SPD**-Parteitag einzubringen. Diese Vorschläge wurden allesamt und ungekürzt übernommen. *wok*

Spar-Breitseite gegen den Justizvollzug im Land . . .

. . . und der „Wärter“ ist nicht kleinzukriegern

Am 17. Dezember 2015 erschienen in den großen Regionalzeitungen **MANNHEIMER MORGEN** und **HEILBRONNER STIMME** zwei gleichlautende Artikel zu dem vermeintlichen Unverhältnis bei den Zahlen von Gefangenen zu Bediensteten in den baden-württembergischen Gefängnissen. Der Artikel löste beim **BSBD**-Ortsverband Mannheim und beim Landesvorstand gleichermaßen Verwunderung wie empörte Ablehnung aus, zumal erneut bereits im Titel als Berufsbezeichnung der Begriff „Wärter“ verwendet wurde. Dies führte auch zu nachdrücklichen Reaktionen des **BSBD** – doch davon später. Im folgenden zunächst der Zeitungsartikel in etwas gekürzter Form.

Minister Stichelberger wehrt sich gegen einen Abbau von Haftplätzen im Südwesten – Sparvorschläge des Rechnungshofs

Weniger Häftlinge, mehr Wärter

Mannheimer Morgen vom Donnerstag, 17. Dezember 2015

Von unserem Korrespondenten
Peter Reinhardt

Stuttgart. Seit Jahren sinkt die Zahl der Häftlinge in Baden-Württemberg. Der Rechnungshof fordert den Abbau von 500 Haftplätzen. Aber **SPD**-Justizminister Rainer Stichelberger sperrt sich gegen den Sparvorschlag. Der Finanzausschuss des Landtags verlangt nun eine Prognose mit konkreten Zahlen. Liefern muss Stichelberger erst Mitte nächsten Jahres. Die grün-rote Koalition rettet sich mit diesem Zeitplan über die Landtagswahl.

Die Zahlen sprechen für sich: Knapp 8.000 Haftplätze standen im vergangenen Jahr in den baden-württembergischen Gefängnissen für den geschlossenen und offenen Vollzug zur Verfügung. Im Durchschnitt belegt waren 6.800. Rechnerisch bestand also ein Kapazitätsüberhang von 1200 Plätzen.

Seit Jahren sinkt die Durchschnittsbelegung der Gefängnisse im Südwesten. 2005 saßen im Schnitt noch 8.500 Gefangene ein. Damals waren die Anstalten zu 100 Prozent ausgelastet. Die Zahl der Haftplätze ist in dieser Zeit zwar auch ge-

sunken, aber deutlich langsamer als die Zahl der Gefangenen.

Seit im Bruchsaler Gefängnis ein Häftling verhungert ist, steht der Strafvollzug im Blickpunkt der Öffentlichkeit. **SPD**-Minister Rainer Stichelberger ließ eine Expertenkommission Reformvorschläge ausarbeiten. Die Experten fordern 70 Stellen für Vollzugsbeamte. Im Nachtragshaushalt wurden zehn genehmigt. Vor allem wird die medizinische Betreuung der Häftlinge mit sieben Anstaltsärzten und sechs Psychologen ausgebaut.

Der Rechnungshof gesteht eine Kapazitätsreserve zu. Aber 500 Haftplätze könnten seiner Ansicht nach abgebaut werden. Pro 100 Plätze seien 47 Bedienstete mit jährlichen Personalkosten von 2,4 Millionen Euro notwendig. „Angesichts dieser finanziellen Dimension ist es dringend geboten, das Haftplatzentwicklungsprogramm fortzuschreiben“... Der Finanzausschuss hat sich dieser Forderung einvernehmlich, also mit den Stimmen der Regierungsfractionen und Opposition, angeschlossen. „Im Moment gibt es in den



Die Justizvollzugsanstalt Mannheim © dpa

Vollzugsanstalten eine Überkapazität“, sagt Jürgen Filius. Der Justizexperte der Grünen-Fraktion unterstützt die Forderung der Finanzfachleute nach einer detaillierten Prognose. Filius erinnert daran, dass ohnehin kleinere Gefängnisse geschlossen werden sollen, weil sie zu teuer sind... Dagegen fordert der **CDU**-Abgeordnete Karl Zimmermann mehr Haftplätze.

Auch Stichelberger will die Kapazitäten ausbauen. Mit dem geplanten Großgefängnis in Rottweil sollen 400 Haftplätze neu entstehen. Der **SPD**-Politiker betont, dass durch die geplanten Schließungen von kleineren Anstalten weniger Plätze als diese Zahl wegfallen. „Ein Abbau sei nicht möglich, weil es noch Mehrbett-Zellen gebe. Die seien nach der Rechtsprechung nicht mehr erlaubt. Außerdem könne die Zahl der Häftlinge wieder steigen...“

(© Mannheimer Morgen,
Donnerstag, 17.12.2015)

Reaktionen des BSBD

1.

Der Vorsitzende **Uwe Zielinski** des OV Mannheim schrieb am 19.12.2015 einen sehr pointierten geharnischten Leserbrief an den Autor **Peter Reinhardt** und den **MANNHEIMER MORGEN**.

Darin prangerte er besonders die Verwendung des diskriminierend empfundenen Begriffs „Wärter“ an, der angesichts der gründlichen Ausbildung der Bediensteten und ihrer anspruchsvollen Arbeit mit straffälligen Menschen schon als beleidigend gelten kann. Ebenso ging er auf die genannten Verhältniszahlen Gefangene zu Bediensteten ein und stellte klar, dass immer wieder unterschiedliche und nicht vergleichbare Grunddaten herangezogen würden.

Besonders die Betreuungszahl beim uniformierten Dienst, der ständig unmittelbar mit den Gefangenen zu tun hätte, sei landesweit – und auch in der JVA Mannheim – deutlich ungünstiger. Leider wurde der Leserbrief des OV-Vorsitzenden im **MANNHEIMER MORGEN** nicht abgedruckt, es wurde aber nachgehend nochmals Kontakt mit E-Mails aufgenommen.

Darin blieben die gegensätzlichen Positionen zwar bestehen, es wurde jedoch ein versöhnlicherer Ton angeschlagen und der Verfasser des Artikels versprach, künftig den Begriff „Wärter“ nicht mehr zu verwenden. Zudem hat er ein Treffen mit dem OV-Vorsitzenden **Uwe Zielinski** angeregt. *wok*

2.

Der BSBD-Landesvorsitzende Alexander Schmid hat ebenso am 20.12.2015 umgehend reagiert und in einem dreiseitigen Brief an den Verfasser und die Zeitung die grundlegenden und überzeugenden Positionen des **BSBD-Landesverbandes**, die hinreichend bekannt sind, deutlich dargelegt. Hier ist der überwiegende Teil seines Schreibens, das vollständig auch per E-Mail-Sammelpost an die Ortsverbände versandt worden ist.

• **Sie fordern vom Justizvollzug ein, sich an der Haushaltskonsolidierung zu beteiligen.** Wie Ihnen vielleicht bekannt ist, hat der Justizvollzug in den letzten Jahren ganz erhebliche Konsolidierungsbemühungen ausgebracht, die von sehr schmerzhaften Einschnitten für Bedienstete begleitet waren. So wurden die Vollzugseinrichtungen in Heidenheim, Heidelberg, Sachsenheim, Crailsheim und Klein Komburg bereits geschlossen und die Schließung der Einrichtung in Ellwangen steht in

2016 unmittelbar bevor. Erst vor wenigen Tagen wurde die Jugendstrafanstalt Pforzheim ebenfalls – und völlig unerwartet – aufgegeben. Damit und mit den weiteren anstehenden Schließungen der Einrichtungen in Rottweil, Villingen-Schwenningen, Hechingen, Waldshut-Tiengen und Tübingen nach Fertigstellung der neuen Justizvollzugsanstalt in Rottweil leistet der Justizvollzug einen enormen Anteil zur Einsparpolitik. Übrigens sind die Bediensteten im Justizvollzug zu 85 Prozent im mittleren Dienst eingruppiert; also dürfen Sie davon ausgehen, dass dort keine Spitzgehälter verdient werden und Einsparungen der Politik besonders und spürbar in die Existenzgrundlagen der Bediensteten eingreifen.

• Der Justizvollzug hat zu viel Personal?

In allen Artikeln zu diesem Thema wird dem Leser der Eindruck vermittelt, der Justizvollzug habe in Zeiten der deutlichen Überbelegung mit mehr als 8.000 Gefangenen auch eine entsprechende Personalvermehrung erfahren. Nun sei es an der Zeit, diesen Überhang wieder abzubauen. Dies ist völlig falsch. Es gab nie eine Personalaufstockung aufgrund der enormen Überbelegungen und daher kann – wie ich denke: logisch nachvollziehbar – jetzt auch nicht gefordert werden, dieses „Mehr an Personal“ wieder abzubauen. Vielmehr ist es so, dass der Justizvollzug vor großen Problemen steht. Die Zahl der Gefangenen bewegt sich nun auf einem Niveau, dass wir unserem gesetzlichen Auftrag der Resozialisierung wieder nachkommen können, aber die Art der Gefangenen hat sich leider sehr verändert. Wir sind wie die Polizei, bei der dies niemand bestreiten würde, mit einem immer aggressiveren Gefangenenklientel konfrontiert. Zunehmend bemerken wir auch einen hohen Verlust an Respekt gegenüber uns als hoheitlichen Bediensteten. Unseren gut strukturierten Angeboten wird nicht wohlwollend, sondern oftmals ablehnend aggressiv begegnet. Die Probleme der Gesellschaft – wie z.B. die Drogenthematik – werden auf uns verlagert. Eine deutlich steigende Zahl an psychisch hochauffälligen Gefangenen ist schon seit Jahren Realität in den Gefängnissen.

Diese Probleme hat eine unabhängige Expertenkommission in ihrem Abschlussbericht vom September 2015 sehr deutlich herausgearbeitet. Damit wurden auch von Vertretern der Landtagsfraktionen personelle Mehrbedarfe begründet, die sich an den neuen und sehr komplexen Problemen des moder-

nen Strafvollzuges ausrichten müssten. Erlauben Sie mir noch die Anmerkung, dass der Strafvollzug in Baden-Württemberg traditionell sehr schlank aufgestellt ist. Setzt man die Personalausstattung mit vergleichbaren Bundesländern wie NRW, Bayern, RP, Hessen oder Niedersachsen in Bezug, so stellt man fest, dass in Baden-Württemberg über 200 Personalstellen gegenüber dem Durchschnitt der genannten Bundesländer nicht besetzt sind.

• Die Sache mit der Unterbringung – Haftplätze.

Das Justizvollzugsgesetzbuch Baden-Württemberg – im Einklang mit dem Bundesverfassungsgericht – sieht grundsätzlich die Einzelunterbringung für Gefangene vor. Leider ist dies weiterhin Utopie und so hinkt Baden-Württemberg diesem Anspruch deutlich hinterher. Nur ca. 70 v.H. der Hafträume in Baden-Württemberg sind Einzelhafträume, während es im Bundesschnitt schon fast 80 v.H. sind. In der Folge werden und müssen also eine erhebliche Anzahl an Hafträumen umgewidmet werden, wodurch mindestens 300 Haftplätze wegfallen werden. Eine Einzelunterbringung ist wichtig und notwendig, um Spannungen in den Gefängnissen abzubauen, Subkulturen und Gewalt vorzubeugen, Drogenhandel einzudämmen sowie die Privatsphäre der Gefangenen und eine menschenwürdige Unterbringung zu gewährleisten.

Diese Problematiken binden in nicht geringem Umfang auch wieder Personal- und Sachmittel, denn Sicherheit für Bedienstete und Sicherheit für Gefangene kann nur durch Personal, das in ausreichendem Maße vor Ort auf den Abteilungen ist, gewährleistet werden.

Die Arbeit mit Menschen, auch wenn sie inhaftiert sind, braucht auf der anderen Seite auch Menschen, die Bediensteten. Keine Software oder Elektronik kann dies erledigen und einen humanen Strafvollzug garantieren.

Ich bin daher zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aller Laufbahnen einig, dass es nicht möglich ist, den Strafvollzug und seine Beschäftigten nur vom Schreibtisch aus und nur unter rein fiskalischen Gesichtspunkten zu bewerten und zu sehen. Es ist vielmehr angebracht, die Dinge nicht nur danach zu bewerten, was sie kosten, sondern nach dem, was sie wert sind. Dies wünschen wir uns als Bedienstete, die in einem der schwierigsten Bereiche der Landesverwaltung – nämlich im Strafvollzug – täglich

vierundzwanzig Stunden ihren Dienst verrichten.

Kommen Sie zu uns in die Justizvollzugsanstalten und machen Sie sich selbst ein Bild.

P.S. Wegen unserer vielen vergeblichen Bemühungen hier nur als Nachsatz: Im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen bitten ich Sie, künftig nicht mehr den Begriff „Wärter“ zu verwenden, sondern die in meinem Schreiben gebrauchten korrekten Berufsbezeichnungen. *als*

3.

Auch das **Justizministerium** unterstützt ohne Einschränkungen diese Positionen zum Justizvollzug des Landes, wie aus einer Mitteilung des Pressereferats vom 17. Dezember 2015 zu dem o. g. Artikel an den **BSBD**-Landesvorsitzenden klar hervorgeht.

Hier sind die wichtigsten Punkte:

„Der Landesrechnungshof hat betont, dass der von uns bereits eingeschlagene Weg, kleine, unrentable Haftanstalten zu schließen und durch größere Einrichtungen mit dem gesetzlich vorgegebenen Betreuungs- und Therapieangebot zu ersetzen, richtig ist. Diesen Weg setzen wir auch künftig konsequent fort, wie schon die Entscheidung zum **Standort Rottweil** für den Bau einer neuen Haftanstalt zeigt. Im Gegenzug zum Neubau werden wir mehrere kleine Haftanstalten schließen. Im Einzelnen: Rottweil, Hechingen, Villingen-Schwenningen, Waldshut-Tiengen, Tübingen.

Die Forderung des Rechnungshofes, Personal in den Justizvollzugsanstalten abzubauen, verkennt die wachsenden Herausforderungen und Schwierigkeiten bei der Betreuung von Gefangenen. Die von uns eingesetzte hochkarätige Expertenkommission hat erst in diesem Jahr die Strukturen im Justizvollzug umfassend auf den Prüfstand gestellt. Nach deren Ergebnis können wir angesichts der zunehmenden Zahl an psychisch auffälligen und schwierigen Gefangenen eine ausreichende Betreuung nur mit einem **Mehr an Personal** sicherstellen. Auf diese Forderung hat der Landtag bereits reagiert. Das ist der richtige Weg.

Eine Überkapazität an **Haftplätzen** besteht ebenfalls nicht. Zwar sind die Gefangenenzahlen in den letzten Jahren rückläufig (2014: rund 6.700, 2005 dagegen rund 8.400).

Wir sind jedoch gehalten, Gefangene verfassungsgemäß und heimatnah unterzubringen. Nur so können eine vollzugsqualitativ hochwertige Behandlung gewährleistet und während der Haft-

zeit Kontakte zu Angehörigen aufrecht erhalten werden, was den erfolgreichen Start in ein Leben nach der Haft enorm erleichtert. Daher können wir die Gefangenen nicht einfach auf die Anstalten im Land „verteilen“.

Zu bedenken ist weiterhin, dass eine numerisch ausgeglichene Belegung der Anstalten schon deshalb nicht immer möglich ist, weil vielfältige Trennungsgelüste zu berücksichtigen sind, etwa bei der Untersuchungshaft und Strafhaft oder bei jugendlichen Gefangenen.

Außerdem bauen wir Haftplätze in **Mehrfachhafräumen** kontinuierlich ab, um den Gefangenen die verfassungsrechtlich gebotene Privatsphäre zu ermöglichen. Wir haben heute die Situation, dass zwei Gefangene sich unter Umständen relativ kleine Hafräume (z.B. 9 m²) teilen.

Dies führt zu unnötigen Spannungen zwischen den Gefangenen, wenn sie z.B. nachts oder am Wochenende zusammen eingeschlossen sind. Wenn man solche Räume nur noch einzeln belegt, fallen dann natürlich in großem Umfang Haftplätze weg.

In Baden-Württemberg sind derzeit nur knapp 71 Prozent der Hafräume Einzelhafräume. Im **Bundesdurchschnitt** sind es **knapp 78 Prozent**. Wir streben an, in den kommenden Jahren zumindest den Länderdurchschnitt zu erreichen. Allein das wird zu einem Wegfall von bis zu **300 Haftplätzen** führen.

Im Übrigen ist die weitere Entwicklung der – im bundesweiten Vergleich ohnehin niedrigen – **Gefangenenzahlen in Baden-Württemberg** überhaupt nicht zuverlässig absehbar. Die Gefangenenzahlen haben sich in der Vergangenheit in großen Wellenbewegungen entwickelt. Von keiner Stelle wurde der massive Anstieg in den 90er Jahren oder das Absinken der Gefangenenzahlen nach dem Jahr 2003 (um 20 Prozent) auch nur annähernd vorhergesehen. Ein weiterer beträchtlicher Rückgang der Gefangenenzahlen ist eher unwahrscheinlich, nachdem Baden-Württemberg bereits heute im Länder- und Staatenvergleich eine weit unterdurchschnittliche und ausgesprochen **geringe Gefangenenrate** aufweist.

Unabhängig von den aktuellen Forderungen bereiten wir derzeit eine Fortschreibung des bisherigen **Haftplatzentwicklungskonzepts**, das aus dem Jahr 2007 stammt, vor. Darin soll insbesondere auch geprüft werden, wie die Qualität der Haftbedingungen noch verbessert werden kann. Bis zur Mitte des Jahres werden wir dem Landtag berichten, wie wir die weitere Entwicklung einschätzen.“

Dem **BSBD** ist nicht ersichtlich, weshalb der Autor **Peter Reinhardt** gerade jetzt – im Dezember 2015 – die Denkschrift des Rechnungshofs BW hervorgeholt hat, die bereits im Mai 2015 mit den vielfältigen Sparvorschlägen für den Justizvollzug erschienen ist. Ginge es nach den vollständigen Schließungsszenarien aus den Prüfungsmitteilungen vom 22.12.2014, würde es mit den Freigängerhäusern und den landwirtschaftlichen Außenstellen im Lande Baden-Württemberg sehr düster aussehen. Demgemäß sind auch schon einige Einrichtungen aufgegeben worden und der **BSBD** meint, damit sollte es nunmehr genug sein – jedenfalls bis zur Inbetriebnahme der neuen JVA Rottweil im Esch, wonach dann ja weitere Schließungen schon fest eingeplant sind.

4.

Kurzer Ausblick auf eine eventuell schwierige Entwicklung

Angesichts der ganz aktuellen Entwicklung dieser Tage (Silvester in Köln, Hamburg, Stuttgart usw.) ist zu erwarten, dass die Gefangenenzahlen deutlich ansteigen werden. Denn Verschärfungen des Strafrechts und der Abschiebungspraxis werden zwangsläufig zunächst zu höheren Zahlen in der Untersuchungshaft, etwas später in der Strafhaft und auch in der nicht zur Justiz gehörenden Abschiebungshaft führen. Dies hat überhaupt nichts mit einer leichtfertig herbeigeredeten Kriminalisierung von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu tun. Denn die meisten Flüchtlinge und Asylbewerber sind nun mal junge Männer – und solche sind auch in der einheimischen deutschen Bevölkerung am stärksten kriminell belastet; das weiß die Kriminalstatistik landauf-landab schon seit Jahrzehnten.

Auch die Abschiebungshafteinrichtungen werden bald an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen, denn neben dem Abtauchen von Personen mit einer vollziehbaren Abschiebungsanordnung wird es auch deshalb zu erheblichen Schwierigkeiten kommen, weil eine Reihe von Herkunftsländern – besonders aus dem afrikanischen resp. nordafrikanischen Bereich – keinerlei Bereitschaft zeigt, ihren Landsleuten, zumal den straffälligen, Pässe oder andere Reisedokumente auszustellen.

Der **BSBD** will nicht unken, aber diese bedrückende Vision ist sicher nicht ganz von der Hand zu weisen. Und unter diesen möglichen Erwartungen wäre es ein ganz fataler Fehlgriff, neben den bereits geschlossenen Haftanstalten noch weitere Haftplätze abzubauen. *wok*

Ein erfreuliches Kapitel in einer unendlichen Geschichte:

Der JVA-Neubau kommt nach Rottweil

Bürgerentscheid eindeutig zugunsten des Standorts „Im Gewinn Esch“

Die unendliche Geschichte um die Standortsuche für eine JVA im südwestwürttembergischen Raum hat im Juli 2015 nun doch einen vorläufigen Abschluss gefunden. Justizminister Rainer Stickelberger hat sich im Einvernehmen mit der Landesregierung für den Standort „Esch“ in der Stadt Rottweil entschieden. Der BSBD-Landesverband, der diese Ortswahl stets mit großem Nachdruck unterstützt hat, spendete hierzu kräftigen Beifall (siehe hierzu: AKTUELLE vom Juli 2015).

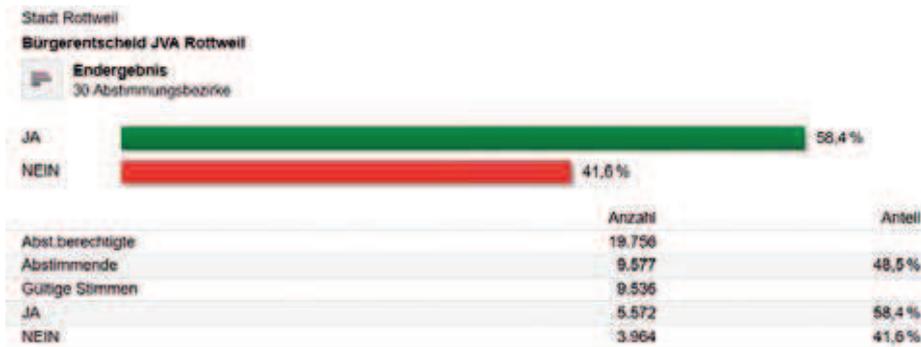
Wir wollen dazu noch einen kurzen kommunal- und vollzugshistorischen Abriss – mit ein wenig Kuriositäten – sowie einen kleinen Ausblick geben.

Bürgerentscheid

Seit Ende 2010 hat der BSBD diesen zähen Suchlauf verfolgt – seit die Protestbürger von Zepfenhan den bereits ausgewählten Rottweiler Standort „Bitzwäldle“ erfolgreich und als „Wahlkampfgeschenk“ verhindert hatten. Auch mit der Kabinettsentscheidung vom Juli

2015 war die Standortgeschichte noch nicht ganz am Ende, aber sie wurde nur noch eine schwache „Zitterpartie“; denn erneut gab es eine Bürgerinitiative namens „Neckarburg ohne Gefängnis“ und sogar einen Bürgerentscheid der Rottweiler Bevölkerung. Das für einen Bürgerentscheid erforderliche Quorum von 25 Prozent der Abstimmungsberechtigten Bevölkerung wurde problemlos übertroffen, jedoch ging die Abstimmung eindeutig zugunsten einer JVA Rottweil „Im Gewinn Esch“ aus.

Hier das Ergebnis:



Quelle: Homepage der Stadt Rottweil: Informations- und Diskussionsplattform zur neuen JVA in Rottweil am Esch.

„Sankt-Florian-Prinzip“ und Wahlkampf 2011

So hat **Autor A. Lothar Häring vom Gränzböten am 22. September 2015 auf Seite 21 folgendes berichtet: „Zwei Teilorte an Spitze der Befürworter – Beim Bürgerentscheid zum Gefängnisstandort ‚Esch‘ zeigt sich St.-Florian-Prinzip.**

Am Tag danach herrscht Verwunderung in Rottweil – Verwunderung über das Abstimmungsverhalten zweier Teilorte im Bürgerentscheid zum Gefängnisstandort: Neukirch und Zepfenhan. Die haben vor fünf Jahren eine größere Rebellion gegen einen Standort auf ihrer Gemarkung, im Bitzwäldle, angezettelt. Mit Pauken und Trompeten, mit Kind und Kegel und auch Traktoren fielen sie zu einer Demonstration in die Rottweiler Innenstadt ein, drohten mit Kaufboykott und Austritt aus dem Landkreis Rottweil, verwiesen auf die unberührte Natur im Bitzwäldle, auf das wertvolle Naherholungsgebiet, und als auch das noch keine Rettung versprach,

zauberten sie die Gelbbauchunke als schützenswerte Art aus dem Hut. Schließlich kam Hilfe in Gestalt des Wahlkämpfers Winfried Kretschmann, der im Falle seiner Wahl zum Ministerpräsidenten einen neuen Suchlauf versprach.

Der Grüne bekam dafür im Gegenzug 62 Prozent im bis dahin pechschwarzen Zepfenhan. Jetzt, am Ende dieses Suchlaufs, ging es im Rottweiler Gewinn Esch nahe der Neckarburg wieder um ein Stück fast unberührter Natur und um ein Naherholungsgebiet. Die Rottweiler Bürger sprachen sich am Sonntag trotzdem mit mehr als 58 Prozent für das Esch aus. Und an die Spitze der Bewegung setzten sich: Neukirch und Zepfenhan mit jeweils 78 Prozent ‚Ja‘.

Mitglieder der Bürgerinitiative ‚Neckarburg ohne Gefängnis‘ reagierten empört. Ein Beobachter brachte das allgemeine Unbehagen in der Stadt auf einen Nen-

ner: ‚Verschon‘ mein Haus, zünd‘ andere an.‘ Wie selten zuvor demonstrierte dieser Fall von Selbstentlarvung, so der Mann, beispielhaft das Sankt-Florian-Prinzip in unserer Gesellschaft allgemein und speziell beim Bau eines Gefängnisses...“

Man kann mit Fug und Recht sagen: Diese „Wahlkampf-Aktion 2010/11“ hat den JVA-Neubau um rund fünf Jahre verzögert – ohne sie könnte eine „JVA Bitzwäldle“ längst stehen – zumindest stände sie kurz vor oder bereits nach der Schlüsselübergabe.

Nunmehr hat für den neuen Standort „Esch“ eine Wählervereinigung vorgeschlagen, „die JVA in einer Senke zu verstecken und dieses tiefliegende Waldstück neben der Bundesstraße 27 in den Architektenwettbewerb aufzunehmen.

Das hätte nach der Sichtweise der Fraktion Vorteile: Die Zufahrt wäre besser, die JVA versteckt und würde weniger als störend empfunden.“ Dieser Vorstellung folgen auch nachdrücklich die Vertreter von BUND, Nabu und Landesnaturschutzverband, weil man dadurch die Schäden "für das hochempfindliche Esch ein bisschen minimieren" könnte. Hierzu meint die Stadt, „sie könne dies nicht abschließend bewerten, wolle aber den Vorschlag der Freien Wähler an die Landesregierung weiterleiten mit der Bitte zu prüfen, ob die



Rottweil: Standort Esch, aus: Schwarzwälder Bote.

Foto: Nädele

Idee in den Architektenwettbewerb aufgenommen werden könne.“

(Zitate aus: **Schwarzwälder Bote, Lokalausgabe Rottweil vom 16.10.2015, Autor: Armin Schulz, Seite 14)**

Wir erinnern nochmal daran, wie nachdrücklich und mit vielen Argumenten der BSBD die Entscheidung für den Standort „Rottweil-Esch“ unterstützt hat – dies alles im Sinne der Bediensteten der JVA Rottweil mit ihren Außenstellen sowie von der JVA Waldshut-Tiengen. Im **VOLLZUGSDIENST 2/2015, S. 11 und 3/2015, S. 11ff.** haben wir ausführlich die Vor- und Nachteile für die unterschiedlichen Standorte in Rottweil und Meßstetten abgewogen und sind zu dem klaren Votum für Rottweil gelangt.

Ausblick und BSBD-Mitwirkung

Viele Ideen fürs neue Gefängnis – Beteiligungsgruppe und Architektenwettbewerb

Hohe Zielsetzung für die neue Baugestaltung ist: das Gefängnis soll möglichst unauffällig in die gefällige Landschaft eingepasst werden und als oberste Priorität die Resozialisierung der Gefangenen verfolgen – da wird man sich bei der Planung einiges einfallen lassen müssen. Die Rede war auch schon von einem „Architekturhighlight JVA“.

Hierzu gibt es eine pointierte Ansage: „Eine JVA nach Schema F würde ins Esch passen wie die Faust aufs Auge.“ So will das Land auf den perfekten Entwurf bekanntlich in einem Architektenwettbewerb stoßen. Am Auslobungstext wird derzeit gefeilt, so die Nachricht aus dem Justizministerium. Nun ist am 1. Dezember 2015 erstmals die Beteiligungsgruppe zu einer dreistündigen Sitzung zusammengekommen; hervorgegangen

ist diese aus der Begleitgruppe, die vor dem Bürgerentscheid das Für und Wider eines Gefängnisses im Esch debattiert hatte; organisiert wird die Gruppe wiederum vom „planungsdialog südlich Freiburg“ mit Moderatorin und Prozessberaterin **Dr. Grüger**. Die an der ersten Sitzung teilnehmenden 35 Personen der Beteiligungsgruppe kamen aus: Politik (4), Verwaltung (10), Vereinen und Initiativen (5) sowie Ministerium und Stadt Rottweil (15). Unter diesen Personen war auch unser Landesvorsitzender **Alexander Schmid**, der vom JuM und von der Stadt Rottweil eine Einladung erhalten hatte und diese gerne angenommen hat. Ideen dafür sammelten die Bürger gestern in Arbeitsgruppen. Je zu sechst diskutierten sie über die Themen „Um-

welt und Natur, Einbettung in die Landschaft“ sowie „Freizeit und Erholung“ und „Funktionalität und Gestaltung der JVA“. Zweimal knapp eine halbe Stunde wurde in Kleingruppen diskutiert, jeder konnte zwei Themen beackern.

Die Ergebnisse waren teils neu, teils alte Bekannte. Bisherige Naherholungsmöglichkeiten sollten erhalten bleiben, meinte eine Gruppe und wünschte sich Erholung auch für die Gefangenen, etwa



Arbeit in Kleingruppen – mit am Tisch: Landesvorsitzender Alexander Schmid.

Foto: Graner

dank Bücherei und Krafraum. Gleichzeitig hoffte sie auf ein Gastronomieangebot in Verbindung mit dem Freigängerheim. Anderen waren „modernste Resozialisierungsmaßnahmen“ am wichtigsten und ein sehr gutes Sicherheitskonzept. Eine weitere Gruppe ergänzte, Transparenz wäre dennoch gut – „Zäune statt Mauern“. Sie setzte zudem auf eine energieautarke Bauweise ohne Verbrauch fossiler Brennstoffe; man dachte auch an Solarenergie und Lehmwände. Wieder andere wünschten sich bunt gestrichene Fassaden mit „warmer“ Farbgestaltung oder unterirdische Verbindungen zwischen den Gebäudeteilen. Gebäude und Dächer sollten auch begrünt sowie Lichtverschmutzung minimiert werden. So sollte auch die Anstalt von den Ort-

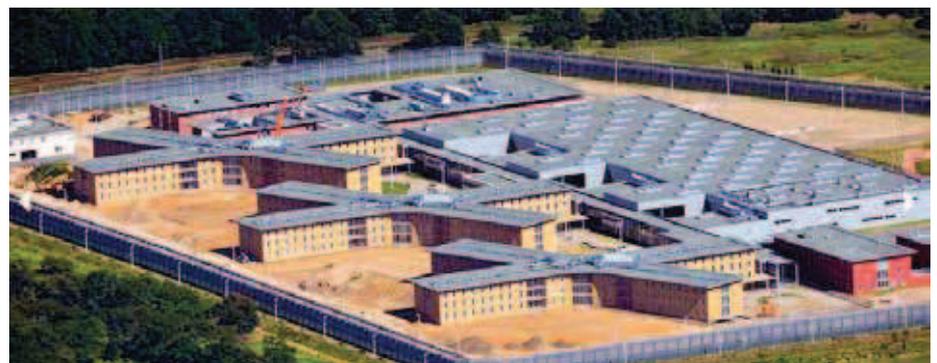
schaften Tierstein und Dietingen – evtl. durch einen aufgeschütteten Wall – möglichst wenig sichtbar sein sowie der Neckartalradweg erhalten und aufgewertet werden. Zu allem könnte auch beitragen, dass die Sicherheit ohne sichtbare Dominanz von Mauern und Stacheldraht erreicht werde. (Auszüge z.T. aus *Schwarzwälder Bote* vom 15.12.2015, Autorin: Verena Parage)

Es ist sicher von Vorteil, dass der BSBD-Landesvorsitzende **Alexander Schmid** Mitglied in der Beteiligungsgruppe ist, deren nächste Sitzung in das neue Jahr verschoben wurde. Es gibt bereits viele diskussionswerte Beiträge, vom BSBD wird aber mit großer Aufmerksamkeit darauf geachtet werden, dass die neue Anstalt in ihrer Baugestaltung ein Höchstmaß an vollzoglicher Funktionalität für beste Arbeitsbedingungen der Bediensteten – und auch der Gefangenen – erhält. Dazu gehören beispielsweise „kurze Wege“, belastbare intelligente Kommunikationsstrukturen, optimale (digitale) Sicherheitseinrichtungen, denn neben den gut gestalteten Resozialisierungsbereichen hat zweifelsohne die persönliche und dienstliche Sicherheit der Kollegen und Kolleginnen sowie auch der Insassen den wertvollsten Rang. Sieht man einige Vorstellungen aus der Begleitgruppe an, wird der Landesvorsitzende auch gelegentlich darauf achten müssen, dass der ökonomische Rahmen für den Gefängnisneubau nicht gesprengt wird.

Allgemein und grundsätzlich muss deutlich werden, dass der Justizvollzug eine immens wichtige und komplexe sozial-, kriminal- und sicherheitspolitische Aufgabe zu bewältigen und für die Gesellschaft zu erfüllen hat; es besteht deshalb keinerlei Anlass, ein Gefängnis „verstecken“ zu wollen. *wok*

Besuch der JVA Heidering (Berlin/Brandenburg)

Mittlerweile hat im November 2015 eine prominente Delegation mit Oberbürgermeister **Ralf Broß**, Justizminister **Rainer Stichelberger** (SPD) und mit **Gisela Erler** (Grüne), Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium, die neue Haftanstalt Heidering besucht und die Architektur der von 2011 bis 2013 in Brandenburg erbauten und zu Berlin gehörenden JVA Heidering in Augenschein genommen. Nach einer Meldung aus dem *Schwarzwälder Boten* vom 22. November 2015 war Oberbürgermeister **Broß** von der Anstalt Heidering derart angetan, dass er sich eine solche architektonische Gestaltung auch sehr gut in Rottweil vorstellen könne.



JVA HEIDERING.

Foto: Homepage Schälerbau Berlin (www.schaelerbau.de/Projekte)

BBW-PM vom 25. November 2015:

Abgesenkte Eingangsbesoldung vor dem Verwaltungsgericht

BBW-Klage gegen das Land – Regierungschef gibt sich gelassen, doch den Ärger kann er nicht verbergen

Während die beabsichtigte Klage des BBW gegen das Land den „Stuttgarter Nachrichten“ ein Aufmacher auf Seite 1 wert war, fiel vier Tage später im gleichen Blatt die Meldung über die Reaktion von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) wie eine Randnotiz aus. Die Botschaft: Der Regierungschef sieht der Klage des Beamtenbundes gegen die Absenkung der Eingangsbesoldung gelassen entgegen. Mehr noch, er räumt ihr „relativ geringe Aussicht auf Erfolg“ ein. Seinen Ärger kann Kretschmann aber nicht verbergen.

Die Meldung über die Reaktion des Ministerpräsidenten auf die beabsichtigte Klage des Beamtenbundes wurde durch die Nachrichtenagentur *dpa* verbreitet und von beiden Stuttgarter Zeitungen aufgegriffen. Während die „Stuttgarter Nachrichten“ Kretschmann lediglich mit den Sätzen zitierte: „Er selbst hätte den Rotstift lieber bei den Beamtenpensionen angesetzt als bei den jungen Leuten. Aber das sei gesetzlich nicht möglich“, fügte die „Stuttgarter Zeitung“ noch Kretschmanns Hinweis auf Artikel 33 Absatz 5 Grundgesetz hinzu samt Anmerkung des Regierungschefs, dass „dieser überholte Artikel weitreichende Einsparungen bei den Beamten verbiete“. Abschließendes Zitat Kretschmann: „Der knebelt uns halt, dieser Artikel, und ich muss mich zähneknirschend an ihn halten.“ (BBW-PM v. 25. Nov. 2015)

Der etwas flapsige Umgang unseres Regierungschefs mit einem Grundprinzip unserer Verfassung mag man ja noch hinnehmen, zumal er sie alleine nicht ändern kann. Die Gelassenheit aber dürfte auf gar nicht so sicheren Beinen

stehen, denn das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zur Richterbesoldung vom 5. Mai 2015 klare Kriterien zu Besoldungskürzungen aufgestellt (vgl. DER VOLLZUGSDIENST 3/2015, S. 9ff.). Diese Maßgaben für Richter und Staatsanwälte hat das Gericht in einer neuen Entscheidung vom 17. November 2015 bestätigt und bezogen auf die Besonderheiten der A-Besoldung moderat weiterentwickelt.

Danach steht es dem Staat keineswegs frei, die Besoldung seiner verbeamteten Staatsdiener eigenmächtig zu kürzen. Das Verfassungsgericht legt eine Liste an Kriterien fest, von denen ein Land höchstens gegen zwei verstoßen darf.

So sei zu prüfen, ob das Gehalt der Beamten über einen Zeitraum von 15 Jahren fünf Prozent weniger als die Inflation steigt (Verbraucherpreisindex), ob der Sold entsprechend hinter den Gehältern der Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst (Differenz) oder den allgemeinen Gehältern im Bundesland hinterherhinkt (Nominallohnindex). Außerdem dürften Nullrunden der höheren Beamten den

Abstand zu niedrigeren Besoldungsgruppen nicht um mehr als zehn Prozent abschmelzen (systeminterner Vergleich). Und der Abstand zu Staatsdienern in anderen Ländern und beim Bund dürfe nicht zu groß sein (Quervergleich).

Abgesenkte Eingangsbesoldung: Verfahren wird eingeleitet

(BBW-PM 23. Dezember 2015)

Die Vorbereitungen sind abgeschlossen. Drei Musterkläger stehen bereit, deren Verfahren gegen die abgesenkte Eingangsbesoldung in Baden-Württemberg jetzt vom *dbb* Dienstleistungszentrum Süd-West betrieben werden. Das Verfahren vor dem Verwaltungsgericht soll im Januar 2016 beginnen. Dass der Beamtenbund jetzt für drei Musterverfahren grünes Licht gegeben hat, war für die *Stuttgarter Nachrichten* Anlass für eine umfangreiche Berichterstattung. Unter der Überschrift „Drei junge Beamte klagen gegen Grün-Rot“ informiert das Blatt am 18. Dezember 2015 auf Seite 1 über die Fakten, die der Klage zugrunde liegen, auf Seite 3 kommt eine junge Realschullehrerin zu Wort, die öffentlich Farbe bekennt, warum sie als Musterklägerin gegen das Land, ihren Dienstherrn antritt.

Der *BSBD* wird das weitere Klageverfahren aufmerksam und sorgfältig beobachten und über seinen Verlauf entsprechend berichten. *wok*

AG Tagung „Vollzugsdienst“ in Neuenburg

Mitarbeiter-Befragungskatalog vorgestellt – Umfrage erfolgt durch die Uni Heidelberg

Da das Tagungsprogramm umfangreiche Punkte umfasste, begann die AG nach einer kurzen Begrüßung durch den Landesvorsitzenden Alexander Schmid und die Landesfachgruppensprecher direkt mit ihrer Arbeit.

Der erste Punkt beinhaltete die zukünftige Abschiebungseinrichtung Pforzheim. Hier zeigte sich wieder einmal wie wichtig es ist, dass unser Landesvorsitzender bei unseren Tagungen dabei ist. Gerade zu diesem Punkt wusste natürlich Alexander Schmid viel zu berichten. Die Aktivitäten seitens des *BSBD* zum Erhalt der Jugendstrafanstalt Pforzheim waren hier sehr umfangreich gewesen und die entsprechenden Informationen wurden immer zeitnah per Mail und über unsere Fachzeitschrift an alle Mitglieder weitergegeben.



BSBD-Landesvorsitzender Alexander Schmid wünscht sich eine hohe Beteiligung bei der anstehenden Mitarbeiterbefragung. Foto: BSBD-BW

Als nächstes stellte man sich die Frage, was aus unserem Forderungskatalog zwischenzeitlich umgesetzt werden konnte bzw. was noch getan werden muss, um befriedigende Lösungen zu finden.

Die freie Heilfürsorge ist derzeit weder von der Politik noch vom Ministerium für die Justiz angedacht.

Die geforderte Mitarbeiterbefragung wird mittlerweile in fast allen Anstalten erfolgreich durchgeführt.

Beim Punkt Uniform gibt es immer noch Handlungsbedarf. Hier wurden u.a. folgende Punkte aufgenommen:

- Das Poloshirt sitzt nicht optimal, bzw. die Schulterstücke „fallen“ optisch nach vorne.
- Poloshirt und andere Oberbekleidung sollten nach Möglichkeit eine zusätzliche, kurzfristig anbringbare Beschriftung auf dem Rücken erhalten.

ten, damit man Beamte und Gefangene gerade im Bereich der Videoüberwachung besser unterscheiden kann.

- Der Preis für das Poloshirt wird als zu hoch erachtet. Außerdem wurde über die schusshemmenden Westen diskutiert, wobei eine Weste ca. 1.000,00 € kosten würde. Hier einigte sich die Fachgruppe auf verschiedene Vorgehensweisen.

Zum einen wird eine Anfrage an den HPR zur generellen Einführung gerichtet werden. Zum anderen besteht aber auch jetzt schon die Möglichkeit, über die Wirtschaftsverwaltung der einzelnen Anstalten diese Westen zu beschaffen.

Erhöhung der Schichtzulage gefordert

Zum Thema Schicht- und Wechseldienst wurde unter anderem die Frage gestellt, ob die Schichtlängen und die darauffolgenden Ruhezeiten eingehalten werden.

Man kam zu dem Resümee, dass es wohl in manchen Anstalten sehr gut, in anderen dagegen weniger gut funktioniert. In den letztgenannten Anstalten sollte man sich aus unserer Sicht schriftlich über den Personalrat an die Anstaltsleitung wenden.

Außerdem wird im Zusammenhang mit den Wochenend- und Feiertagsdiensten zum wiederholten Male eine Erhöhung der allgemeinen Schichtzulage „DUZ“ gefordert.

Um die Motivation unserer „altgedienten“ Kolleginnen und Kollegen zu fördern, kam nun auch die Frage auf, ob man eine entsprechende „Leistungszulage“ wieder einführen könnte.

Hier kam man aber zu dem Ergebnis, dass man, anstatt Leistungszuschläge zu vergeben, lieber Beförderungsmöglichkeiten auch für diese Mitarbeiter schaffen sollte. Die sich bietende Gelegenheit, die Erfahrungswerte der betroffenen Kollegen/innen in die Regelbeurteilung einfließen zu lassen, ist unseres

Erachtens nicht ausreichend oder gar nicht wahrgenommen worden.

In der allgemeinen Diskussion rund um das Thema Schichtdienstbelastung teilte Kollege **Schmid** mit, dass man in Bayern im Schicht- und Wechseldienst bereits mit 60 Jahren in Pension gehen könne. Die AG wird dies in einem gesonderten Positionspapier natürlich mit aufnehmen.

Gewalt gegen Bedienstete

Der nächste wichtige Punkt auf der Tagesordnung war „Gewalt gegen Bedienstete“. Die bisherigen Erfahrungen, nicht nur aus den Vorfällen in der JVA Adelsheim, zeigen aus unserer Sicht einen immensen Handlungsbedarf. So wird ein Vorfall von Gewalt gegen Bedienstete in der Regel erst nach fünf Tagen Krankschreibung des/der betroffenen Kollegen/in in einem BRAVA-Bericht erfasst. Alle weiteren Vorfälle, auch solche in verbaler Form incl. Beleidigungen oder Bedrohungen, werden unseres Wissens nicht in einer entsprechenden Übersicht verzeichnet. Daher wird seitens der Fachgruppe eine Übersicht gefordert, die alle Übergriffe gegen Bedienstete erfasst, damit sie entsprechend ausgewertet werden können.

Des Weiteren wurde vorgeschlagen, dass man Insassen nach Angriffen auf Kollegen/innen bzw. nach Verurteilung auf Grund einer Straftat gegen Bedienstete ohne Ausnahme umgehend in eine andere Anstalt verlegt. Ein entsprechendes Verzeichnis aller Übergriffe auf Bedienstete hätte vielleicht auch den Tagesordnungspunkt „Fortbildungsmaßnahme: Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen“ in einem anderen Licht erscheinen lassen. Diese Fortbildungen sind erfreulicherweise inzwischen eingeführt und entwickeln sich auch weiter, die Anzahl der Fortbildungsveranstaltungen reichen aber unseres Erachtens bei Weitem noch nicht



Große Auswahl an Zubehör und Ausrüstung!

www.ENFORCER.de



Wollmütze mit Bestickung „Justiz“
100% Schurwolle
Mit Membrane: 65% Polyamid, 35% Polyurethan mit Fleeceinnenfutter (100% PES)
Stickerei: 100% Polyester
wasserdicht und atmungsaktiv
Maschinenwaschbar
Universalsgröße

Best-Nr. **7488** Schwarz € 19,50



Sweatshirt mit Reflexdruck „Justiz“
Mit Reißverschluss.
Material: 80% gekämmte, ringgesponnene Baumwolle, 20% Polyester, 280 g/m²
Feste Qualität

Best-Nr.
4298J Blau € 25,-
4293J Schwarz € 25,-
4292J Grün € 25,-



Justiz-Plüsch-Bär
Höhe: 15 cm
Best-Nr. **7801** € 11,90

Kapuzenjacke mit Aufdruck „Justiz“
Geräumige Passform, Geraute Rückseite, waschbar bei 30°. 80% Baumwolle, 20% Polyester
Gewicht: 275 g/m²

Best-Nr.
5276J Blau € 36,-
5275J Schwarz € 36,-



Keramiktasse Justiz
Best-Nr. **4083** € 8,60



Schlüssel-Umhängeband Justiz
Best-Nr. **4089** € 5,90



ENFORCER
PÜ LZ G M B H

Ubstadter Straße 36
76698 Ubstadt-Weiher

Tel: 07251 / 96510
Fax: 07251 / 965114

Ladenöffnungszeiten:
Mo - Fr 9:00 - 18:00
Sa 9:30 - 14:00

www.enforcer.de
E-Mail: info@enforcer.de

HOTLINE: 07251-96510

aus. Wie uns bekannt ist, ist auch die Anzahl der Teilnehmer bei den wenigen angebotenen Veranstaltungen deutlich zu hoch, wodurch eine gezielte Weiterbildung auch auf Grund des eng bemessenen Zeitrahmens kaum möglich ist.

Ein weiteres Problem für die nahe Zukunft ergibt sich durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Generell wird diese Möglichkeit begrüßt. Allerdings wird hierdurch auf längere Sicht natürlich auch gegebenenfalls die jeweilige Planstelle blockiert. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, entsprechend weitere Planstellen zu schaffen. Nur so ist zu gewährleisten, dass auch weiterhin Kollegen/innen auf eine entsprechende Stelle nachrücken können bzw. auf Grund ihrer Leistungen und ihrer Befähigung befördert werden können.

Die Umsetzung der „42 Empfehlungen der Expertenkommission“ wird von unserer Fachgruppe mit Argusaugen beobachtet. Auf Grund des aktuellen Schwerpunkts „Psychisch auffällige Gefangene“ teilen wir die Meinung, dass nur entsprechende Neueinstellungen zu einer wirklichen Entlastung führen können. Hier bleibt abzuwarten, ob sich nach der Landtagswahl die guten Vorsätze nicht wieder in Luft auflösen.

Datenschutz ist garantiert

Zum Abschluss des langen Tages stellte Kollege **Schmid** nochmals den Befragungskatalog für die Mitarbeiter vor. Erneut ging er auf die einzelnen Eckpunkte ein. Auch die Pilotumfrage wurde beleuchtet.

Wichtig erscheint uns nochmals zu erwähnen, dass der Datenschutz zu 100 Prozent garantiert ist. Erfreulich ist auch, dass die professionelle Durchführung der Umfrage durch die Heidelberger Uni erfolgt.

Wir möchten nochmals alle unsere Kollegen/innen eindringlich bitten, an dieser Umfrage aktiv teilzunehmen. Nur eine hohe Teilnahme wird eine belastbare Auswertung und sachgerechte Darstellung unserer Situation erlauben. Wir gehen davon aus, dass im Januar-Februar 2016 die Befragung landesweit durchgeführt wird.

Die VD-Tagung für alle Fachgruppensprecher/innen wird voraussichtlich im März 2016 stattfinden. Alle weiteren Infos werden den Teilnehmern rechtzeitig zugesandt.

Jürgen Scheike

Jahreshauptversammlung des BSBD-Ortsverbandes Mannheim

Karl Albrecht für 50-jährige BSBD-Mitgliedschaft geehrt

Am 17. November 2015, pünktlich um 15:30 Uhr, konnte der Vorstandsvorsitzende Uwe Zielinski mit einer kurzen Begrüßungsrede die Jahreshauptversammlung des BSBD-Ortsverbandes Mannheim in der inmitten von Schrebergärten schön gelegenen Gartenklause in Mannheim eröffnen.

Besonders begrüßen konnte er den stv. Landesvorsitzenden des BSBD Baden-Württemberg **Peter Zielinski**, der im Landesvorstand auch gleichzeitig An-

verbundenen politischen sowie gewerkschaftlichen Herausforderungen. Unter anderem ging er auch auf den Abschlussbericht der Expertenkommission vom 14. September 2015 ein, bei dem in den insgesamt 42 Handlungsempfehlungen, die die Kommission zur nachhaltigen Strukturverbesserung im Justizvollzug grundlegend konzipiert hat, die Handschrift des BSBD-Landesverbandes deutlich zu erkennen ist. Nach den Ausführungen des stv. Landesvorsitzenden übernahm der Vorsitzende des Ortsverbandes wieder das Wort. Er bedankte



sprechpartner für die Belange des Ortsverbandes Mannheim ist; ebenso hieß er die immer wieder gern gesehenen Pensionäre herzlich willkommen.

Nachdem die Tagesordnung durch die anwesenden Mitglieder einstimmig genehmigt worden war, fand eine Gedenkminute zu Ehren verstorbener Kolleginnen und Kollegen statt.

Im Anschluss hieran übergab der Ortsverbandsvorsitzende das Wort an **Peter Zielinski**, der sehr ausführlich und eindrucksvoll über die Arbeit aus der Landesvorstandschafft berichtete.

Zu Beginn zeigte er das Erscheinungsbild des BSBD im politischen Raum auf und berichtete sehr kurzweilig von den Treffen mit den verschiedenen Fraktionen des baden-württembergischen Landtags und den einzelnen Strafvollzugsbeauftragten sowie über die damit

sich zunächst bei Koll. **Peter Zielinski** für sein Kommen sowie für seinen sehr informativen und interessanten Vortrag – und er überreichte ihm ein kleines Präsent des Ortsverbandes als Dankeschön, über das dieser sichtlich erfreut war.

Mannheim konnte auch dieses Jahr wieder zehn neue Mitglieder für den BSBD gewinnen, so dass wir auch hier unser Ziel, die 200er-Marke zu erreichen, nicht nur gepackt, sondern auch sehr deutlich übertroffen haben, berichtete der Ortsverbandsvorsitzende **Uwe Zielinski** zur derzeitigen Mitgliederentwicklung im Ortsverband weiter.

Kollege **Robert Karkusov**, offiziell 200stes Mitglied im BSBD-Ortsverband Mannheim, konnte leider aus dienstlichen Gründen nicht an der Versammlung teilnehmen. Ihm werden eine entsprechende Urkunde sowie ein

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtdarlehen.de
 Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

0800-040 40 41
 Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER
 Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
 Andreas Wendholt
 Pralat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weseke



Die „Zielinski-Brüder als Schenker (li.) und Beschenker“.

Fotos (3) BSBD BW



Gruppenbild mit den Jubilaren v. l.: U. Zielinski, O. Culman, K. Albrecht, M. Gastetzki und P. Zielinski.

BSBD-Ansteck-Pin nachgereicht. Junge Kollegen kommen als Anwärter zu uns in die Anstalt und haben viele Jahre Zeit, Berufserfahrung zu sammeln. Andere Kollegen haben diese Erfahrung schon gesammelt und gehen in Pension.

So haben wir auch in diesem Jahr zwei Kollegen, die bereits aus dem aktiven Dienst gegangen sind. Es sind dies die Kollegen **Knut Liesenbein** und **Klaus Hickel**, die zum 01.10.2015 bzw. zum 1. November 2015 in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet worden sind. Leider waren beide aus gesundheitlichen bzw. persönlichen Gründen ebenfalls nicht anwesend, so dass auch hier die entsprechenden Urkunden und erstmals auch die Ruhestandspokale noch nachzureichen sind. Der gesamte Ortsverband wünscht beiden alles Gute und eine noch lang anhaltende Gesundheit für ihren neuen Lebensabschnitt.

Sodann erteilte der OV-Vorsitzende das Wort seinem Stellvertreter **Oliver Culman**, der ausführlich über die im April durchgeführte Fahrt nach Schwäbisch Gmünd und die mehr als nur herzlichen Aufnahme durch die Kolleginnen dort sowie auch über das im Juli in gemeinsamer Aktion mit dem Carneval-Club „Die Schlappmäuler“ stattgefundenen zweiten **BSBD-Grillfest** berichtete, bevor er wieder das Wort zurück an den Vorsitzenden gab.

Im Juni organisierte der Ortsverband erstmalig auch ein Pensionärstreffen, das insgesamt sehr gut angekommen ist und an dem auch sehr viele Ruheständler teilnahmen, so **Uwe Zielinski** weiter. Zum Auftakt dieses ersten Treffens wurde auch der Landesvorsitzende des Seniorenverbandes öffentlicher Dienst Baden-Württemberg – Koll. **Dieter Berberich** – eingeladen, der sehr eindrucksvoll über die Arbeit seines Verbandes berichtete. Ein zweites Pensionärstreffen für das kommende Jahr ist geplant, so der Ortsverbandsvorsitzende. Als näch-

ster Tagesordnungspunkt standen die Berichte der einzelnen Fachgruppensprecher an. Mit insgesamt sechs Landesfachgruppensprechern stellt allein der Ortsverband Mannheim fast die Hälfte aller Fachgruppensprecher im Land. Das zeigt doch sehr deutlich, wie aktiv der Mannheimer Ortsverband auch auf Landesebene ist. Hierauf können wir stolz sein, so der Vorsitzende. Dass allerdings zur heutigen Versammlung von den elf Fachgruppensprechern innerhalb des Ortsverbandes nur drei anwesend sind, erscheint wenig erfreulich. Zwar haben sich drei weitere Fachgruppensprecher vorab wegen Krankheit entschuldigen lassen, dennoch sind fast die Hälfte nicht anwesend. Dies – findet der Vorsitzende – sei ein „traurig gesetztes Zeichen“, zumal eine Jahreshauptversammlung die optimale Gelegenheit bietet, den Mitgliedern zum einen wichtige Informationen zu übermitteln und zum anderen über die Arbeit der Fachgruppen an sich zu berichten, merkte **Uwe Zielinski** an, bevor er das Wort der Reihe nach an die anwesenden Fachgruppensprecher weitergab.

Nach dem im Anschluss erstatteten Kassenbericht und dem Bericht der Kas-

senprüfer erfolgte die Entlastung des Vorstandes.

Nunmehr folgte für den Ortsverbandsvorsitzenden wohl der angenehmste Teil der Versammlung; gemeinsam mit dem stv. Landesvorsitzenden **Peter Zielinski** standen die Ehrungen langjähriger Mitglieder an.

Dies waren im Einzelnen für **25 Jahre Mitgliedschaft**: Frau **Michaela Gastetzki** sowie die Herren **Robert Glaser**, **Bernhard Kammleitner** und **Hans-Joachim Kolmet**, für **50 Jahre Mitgliedschaft**: Herr **Karl Albrecht**. Leider konnten aus verschiedenen Gründen nicht alle Jubilare an der Versammlung teilnehmen, sodass nur wenigen persönlich für ihre langjährige Treue zum **BSBD** gedankt und eine Urkunde sowie ein kleines Präsent überreicht werden konnte.

Nachdem keine Anträge zur Versammlung eingereicht worden waren und es auch keine aktuellen Wortmeldungen bzw. Anfragen zum Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ gab, konnte der Vorstandsvorsitzende **Uwe Zielinski** die Jahreshauptversammlung offiziell beenden und zum gemütlichen Teil übergehen.

Uwe Zielinski

*Menschen sind wie Blätter,
die lautlos fallen.
Man kann sie nicht aufhalten
auf ihrem Weg.*



Durch einen tragischen Verkehrsunfall wurde unser Mitglied

Jan-Phillip Heinicke

*31.10.1990 † 19.10.2015

plötzlich und unerwartet aus unserer Mitte gerissen.

Wir trauern um unseren lieben Kollegen und Freund.

Wir werden ihn in guter Erinnerung behalten.

BSBD-OV Heimsheim

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg

Der größte BSBD-OV in Baden-Württemberg hat 304 Mitglieder

Am 2. Dezember 2015 fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg in der Gaststätte Rhodia Stüble in Freiburg statt.

Der Vorsitzende **Reiner Bürgelin** konnte 37 Mitglieder und Pensionäre begrüßen. Ganz besonders begrüßte er den BSBD-Landesvorsitzenden **Alexander Schmid** und den stellv. Landesvorsitzenden und Verwaltungsleiter der JVA Freiburg Herrn **Zielinski**, Justiziar und stellv. Anstaltsleiter der JVA Freiburg, Herr **Maurer-Hellstern**, Ehrenmitglied **Erich Haag** und weitere Mitglieder lie-

nächsten Jahre. Die Ergebnisse werden anonym behandelt und von der Uni Heidelberg ausgewertet.

Ein weiteres Thema war: **Stellenhebungen in der Justiz**. Die Zahlen hierzu werden im „Vollzugsdienst“ veröffentlicht. **Alexander Schmid** berichtete über die **Einführung des Job-Tickets**, bei dem auf Antrag 20 Euro im Monat pro Person erstattet werden.

Ab 2016 soll das **Sabbatjahr für die Justiz** eingeführt werden. Das Sabbatjahr wird eine Zusatzbelastung werden, da das Personal für diese Maßnahme nicht ausreicht.

Kassierer **Philipp Hog** erstattete Bericht über Kassenstand und Mitgliederbewegung.

Der OV Freiburg hat mit den Ortsgruppen Lörrach und Waldshut-Tiengen **304 Mitglieder** und ist der größte Ortsverband in Baden-Württemberg. Im laufenden Jahr gab es 13 Abgänge, wovon ein Mitglied verstorben ist, zwei Mitglieder wurden zu anderen Justizvollzugsanstalten versetzt und ein Mitglied ist aus dem aktiven Dienst ausgetreten. Im Gegenzug gab es 14 Zugänge im Ortsverband Freiburg.

Im Anschluss daran berichtete der **1. Vorsitzende Reiner Bürgelin** über das Jahr 2015. Im vergangenen Jahr wurde ein Augenmerk besonders darauf gerichtet, dass sich die neu gewählte Vorstandschaft kennenlernt und zusammen findet. Die Vorstandschaft des Ortsverbandes Freiburg wurde im Jahr 2014 bis auf den zweiten Vorsitzenden **Mathias Vogginger** neu gewählt.

Wichtige Themen in den Vorstandssitzungen waren:

- Delegiertentag 2017 in Freiburg,
- Ausflug 2016,
- Mitgliederwerbung und Werbemappen.

Berichte der Fachgruppenvertreter

Danach folgten die Berichte der **Fachgruppenvertreter**: Kollege **Thiel** berichtete für den **AVD** über zwei Tagungen, an denen er teilnahm. Themen waren u. a. der Forderungskatalog, die Vorfälle in den Justizvollzugsanstalten Adelsheim und Bruchsal, die neue Uniform und die Erweiterung der Bestellmöglichkeiten sowie Mängel, die Theorie und Praxis des Schicht- und Wechseldienstes, Beurteilungen, der Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen und die Umsetzung der Ergebnisse der Expertenkommission. Der Vertreter für den Werkdienst, Kollege **Rees**, nahm ebenfalls an zwei Tagungen teil. Themen waren das Positionspapier, die Arbeitszufriedenheit und der Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen.

Der Fachgruppenvertreter Gehobener Dienst, Kollege **Rothböck**, erstattete Bericht über zwei Tagungen, in denen es keine Brennpunkte, aber trotzdem ausreichend Themen gab. U. a. waren dies die Stärkung der Fachgruppe, die Personalgewinnung und der konzipierte Flyer „Gehobener Verwaltungsdienst“.

Der zweite Vorstand **Mathias Vogginger** verlas den Bericht für den mittleren Verwaltungsdienst, da Kollege **Bank**



V.l.n.r. hinten: Peter Reif, Dieter Wiedemann, Ralph Guhmann, Herrmann Albrecht, Gerhard Friedrich, Mathias Vogginger. Vorne: Rolf Kern, Alexander Schmid, Reiner Bürgelin. Foto: OV Freiburg/BSBD

ßen sich entschuldigen. Anschließend ging man zur Tagesordnung über, welche schriftlich vorlag und von der Versammlung genehmigt wurde.

Die Mitgliederversammlung gedachte des verstorbenen Mitgliedes: **Roland Winterhalter**.

Nach der Totenehrung berichtete der **Landesvorsitzende Alexander Schmid** aktuell über den Landes- und Bundesverband.

Schwerpunktthemen waren unter anderem die Empfehlungen der **Expertenkommission Justizvollzug**.

Die projektierte **Mitarbeiterbefragung im Justizvollzug** wurde als Pilotprojekt in der JVA Ravensburg durchgeführt.

Alexander Schmid bat um rege Beteiligung, da anhand dieser Mitarbeiterbefragung landesweit belastbare Zahlen gewonnen und somit Lösungen für erkennbare Probleme gefunden werden könnten. Dadurch würden Grundlagen geschaffen, auch im Hinblick auf die

Das „Frei“ für den Einen wird zur „Mehrbelastung“ für den Anderen, so **Alexander Schmid**.

Der **BSBD-Landesvorsitzende** berichtete auch über Schließungen von Anstalten und ihre Folgen. Es sind alle auf dem Prüfstand. Es ist keine Anstalt sicher vor einer Schließung. Fast 70 Stellen stehen zur Disposition, die man doch im Land verteilen könnte. Es ist aber nicht sicher, ob die Stellen überhaupt in der Justiz bleiben. 35 Stellen werden für die Abschiebungshaft in Pforzheim vom Innenministerium übernommen. „Wir haben um jeden einzelnen Fall gerungen und dennoch ist manch Einer sogar abgesprungen“, so **Schmid**.

Der Ortsverbandsvorsitzende **Reiner Bürgelin** bedankte sich bei **Alexander Schmid** für dessen interessanten und informativen Bericht.

Im Anschluss daran verlas die Schriftführerin **Sandra Saier** den Tätigkeitsbericht der Vorstandschaft des vergangenen Jahres.

verhindert war. Im März dieses Jahres traf sich die Fachgruppe in Freiburg und berichtete über Themen wie Stellenkatalog des Verwaltungsdienstes und die fehlenden A9-Stellen, die Übernahme von Beschäftigten im Verwaltungsdienst und zusätzlich über ein Modul an der Justizvollzugsschule, um eine Möglichkeit zu schaffen, damit die Kollegen im JVD problemlos in den Verwaltungsdienst wechseln können.

Der Fachgruppenvertreter Krankenpflegedienst, Kollege **Allgeier**, berichtete über den Besuch im Justizvollzugs-krankenhaus Hohenasperg am 23. April 2015. Es wurde eine Führung in funktionsfähigen Bereichen angeboten. Ein großer Teil der Psychiatrie ist derzeit geschlossen und es ist nur noch begrenzt möglich, dort Leute unterzubringen, da das JVKH eine reine Baustelle ist.

Heinz Wintergerst berichtete über sein erstes Jahr als Fachgruppenvertreter für die Pensionäre und dass die Zusammenarbeit mit dem Seniorenverband sehr zufriedenstellend ist.

Ehrungen:

Für **25 Jahre Mitgliedschaft** wurden geehrt:

Erich Blust, Ralph Guhmann, Hans Hauber, Ralf Imhof, Rolf Kern, Ro-

land Mauch, Gerhard Maurer-Hellstern, Peter Reif, Dieter Wiedemann und Werner Hoffmann (OV WT).

Für **40 Jahre Mitgliedschaft** wurde **Hermann Albrecht (OV WT)** geehrt.

Für **50 Jahre Mitgliedschaft** wurden geehrt:

Gerhard Friedrich, Wilhelm Guth-

jahr, Herbert Kopp, Helmut Künzler und Fritz Ruf.

Nach dem letzten Tagungsordnungspunkt: Anträge und Verschiedenes bedankte sich **Reiner Bürgelin** bei allen Anwesenden für ihr Kommen und wünschte ein frohes Weihnachtsfest, alles Gute und ein Wiedersehen im neuen Jahr.
Sandra Saier

Verabschiedung des Vorstands des OV Freiburg

Vorstandsmitglieder feiern

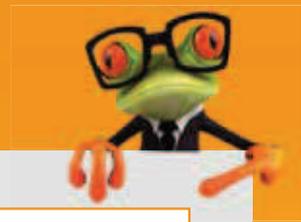
Zum Gedankenaustausch über Gestern, Heute und Morgen trafen sich die alten und neuen Vorstandsmitglieder des **BSBD-Ortsverbandes Freiburg** am 18. Dezember 2015 beim Kollegen **Wintergerst**, um bei gutem Essen und Trinken einen schönen Abend miteinander zu verbringen.



Von links: Bürgelin, Wintergerst und Vogginger.

Kollege **Bürgelin** nutzte die Gelegenheit und gratulierte dem Kollegen **Wintergerst** nachträglich mit einem Geschenkkorb zum 60. Geburtstag. *Sandra Saier*

Beste Marken. Beste Rabatte. Exklusiv für BSBD-Mitglieder.



zalando 12% Rabatt	bis zu 17% Rabatt	SONY bis zu 25% Rabatt
FALKE 15% Rabatt	seidensticker 20% Rabatt	adidas 20% Rabatt
PHILIPS 30% Rabatt	Samsnite bis zu 27% Rabatt	12% Rabatt
AVIS bis zu 20% Rabatt	CINEMAX bis zu 28% Rabatt	MISTER SPEX 20% Rabatt

... und weitere rund 150 bekannte Markenshops mit besten Rabatten auf der Einkaufs- und Erlebnisplattform.

www.dbb-vorteilswelt.de



Stand Juli 2015, Angebote freibleibend

Froschbilder ©julien toneur - Fotolia.com